

Nun gehöre ich, obwohl ich eigentlich ein Aktivist auf dieser Strecke bin, doch irgendwie auch zu den Betroffenen, die eigentlich hier am allerehrlichsten nur so etwas wie Enttäuschung und Scham artikulieren können, daß wir auf einem für unsere Glaubwürdigkeit außerordentlich wichtigen Gebiet nicht weiter sind, als wir es sind. Und dies ist ein Teil des ganzen Geschehens.

Nun fühle ich mich den in der politischen Diskussion eher entfernten Kollegen der DSU immer, wenn wir an diesen Punkt geraten, deutlich verbunden, und ich würde ihnen gern heute schon zustimmen, wenn ich nicht eine Beschlußvorlage in dieser pauschalen und ungenauen Form aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit hinterfragen müßte.

Ganz klar ist, daß wir ihn in dieser Form so nicht beschließen können. Deshalb gibt es hier Beschlußempfehlungen, federführend - das ist auch eine gewisse Logik - an den Ausschuß, dem ich vorstehe.

Auf Grund der komplizierten Rechtssituation - ich hatte neulich schon einmal Gelegenheit, darauf hinzuweisen - überlege ich, ob eine Federführung durch den Rechtsausschuß nicht beinahe angemessener wäre. Und ich bitte die weiteren Debattenredner, diesen Gedanken noch einmal mit aufzunehmen. Wir haben unsere Sitzung schon für morgen um 8.00 Uhr angesetzt, und wir wollen uns nicht der Arbeit entziehen; aber auf Grund der komplizierten Rechtsmaterie lassen Sie uns überlegen, ob nicht die Federführung durch den Rechtsausschuß das angemessenere wäre.

Im übrigen, denke ich, ist dieses Signal der DSU eins, das uns alle meint. Wir haben vielleicht ein wenig unterschiedliche Positionen, aber ein Handlungsbedarf wird von den Vertretern unserer Fraktion ganz deutlich bejaht, auch wenn wir nicht in Begeisterung ausbrechen können wegen der Form dieses Antrages. - Ich danke Ihnen.

(Schwacher Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Gestatten Sie mir von hier aus die Bemerkung, daß auch eine gemeinsame Sitzung zumindest von Teilen von Ausschüssen bei dieser Angelegenheit sehr hilfreich wäre, etwa wenn Vertreter des Rechtsausschusses bei Ihrer ohnehin anberaumten Sitzung dabei wären. Ich bitte Sie, das zu erwägen. Es wäre jedenfalls schön, wenn nicht größere Abstimmungsschwierigkeiten unter den Ausschüssen uns dazu bringen, daß wir die 2. Lesung morgen nicht machen können. Die Federführung werden wir aber dann beschließen.

Zunächst als nächster für die Fraktion CDU/DA der Abgeordnete Geisthardt.

Geisthardt für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit und seine Nachfolgeorganisation haben in der Vergangenheit in einer verbrecherischen Weise Bürger der DDR psychisch und physisch gequält, sie haben sie materiell und finanziell geschädigt und ihnen persönliche und berufliche Nachteile bereitet. Jeden Tag - und es vergeht ja fast kein Tag, ohne daß es irgendwo eine Top-Meldung gibt -, jeden Tag erfahren wir Nachrichten, die uns vor der unseligen Tätigkeit dieses Molochs erschrecken lassen. Angehörige dieser Organisation, die in der Vergangenheit Entscheidungen dieses Ministeriums und seiner Nachfolgeorganisation mit getragen haben, die sie mit beeinflusst und verhandelt haben, sind für Leid und für Schäden ihrer Mitbürger voll verantwortlich zu machen. Aber nicht nur diejenigen, die vielleicht die materiellen Täter waren, sondern auch diejenigen, die die ideellen und ideologischen Rädelsführer dieser Arbeit gewesen sind.

(Beifall bei CDU/DA, der DSU und der SPD)

Zur Schaffung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates in einem geeinten Deutschland ist es erforderlich, einen verlässlichen öffentlichen Dienst zu haben, der unabhängig ist und der nur an Recht und Gesetz gebunden ist. Insbesondere in den leitenden Stellungen im öffentlichen Dienst kann es nur Bedienstete geben, die nicht für das Unrecht der Vergangen-

heit haftbar gemacht werden können und bei denen es keinen Zweifel an ihrer Loyalität zu einem neuen, zu einem demokratischen Staat gibt. Bedienstete des öffentlichen Dienstes in leitender Stellung - und darüber sind wir uns aus der Kenntnis der letzten Monate wohl alle einig in diesem Haus - können in einer sehr besonderen Weise auf den weiteren Verlauf dieses Entwicklungsprozesses Einfluß nehmen. Und sie haben es offensichtlich auch in einer Weise getan, die dem Einigungsprozeß und dem Gesundungsprozeß unserer Gesellschaft nicht förderlich gewesen ist.

(Beifall bei CDU/DA und der DSU)

Ehemalige Angehörige des MfS können also in keiner Weise leitend beim Neuaufbau der Demokratie mitwirken, und das gilt - und das sage ich bewußt an dieser Stelle - auch für alle IMs aller Schattierungen, wie sie denn in diesem Lande überall zu finden waren.

Wir hatten vom ersten Tag des Bestehens dieses Hohen Hauses den Standpunkt vertreten, daß es keine Möglichkeit geben darf, diese Leute in irgendeiner Art und Weise zu übernehmen oder ihnen die Möglichkeit einer leitenden Mitarbeit zu geben. Wer diese Haltung nicht versteht oder wer sie nicht teilt - vielleicht kann er sie auch nicht teilen aus seiner Vergangenheit heraus -, der hat die Zeichen der Zeit eindeutig verschlafen.

Der Antrag der DSU geht in die richtige Richtung. Allerdings ist es auch so, daß wir diesen Grundsatz nicht nur in diesem Hohen Hause vertreten dürfen, sondern wir müssen das auch in aller Konsequenz für die neuen Länder durchhalten.

Rücksichten, auf wen auch immer, sei er in der DDR oder in der Bundesrepublik angesiedelt, sind hier völlig fehl am Platze.

Der Beschlußentwurf der DSU bezieht sich leider nur auf bestimmte Gruppen der ehemaligen Angehörigen des MfS, nämlich auf Angehörige, die sich in leitender Stellung befunden haben, als Offiziere im besonderen Einsatz waren oder in Durchführung der Aufgaben der Staatssicherheit besondere Dienste in der Beobachtung und Verfolgung von Bürgern der DDR und auch von Ausländern, wie wir wissen, geleistet haben.

Allerdings - und da ist eben ein Schwachpunkt dieses Antrages - können wir denn wollen, daß etwa ein untergeordneter Mitarbeiter des Bereiches Versorgung des MfS jetzt Abteilungsleiter in einem Ministerium wird, weil er in diesem Antrag nicht genannt ist? Das kann doch wohl nicht der Sinn der Sache sein, a). Und b) Wir haben mehrheitlich gerufen: Stasi in die Produktion! Und dann können wir natürlich jetzt nicht sagen: Wir wollen sie überhaupt nirgendwo arbeiten lassen. Wir müssen ihnen also auch die Möglichkeit geben zu arbeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Und was spricht dagegen, daß jemand, der vorher eine leitende Stellung hatte, jetzt eine erheblich weniger bezahlte Stellung in einem Bereich der Produktion oder in einem Bereich der Dienstleistung hat? Daß man einem solchen Mann die Möglichkeit gibt, sein Unrecht, das er getan hat, wirklich im Dienst an den Leuten wieder in Ordnung zu bringen. Da schließe ich die Sicherheitsbüros eindeutig aus. Man muß ja nicht eine Kontinuität der Bewachung vorher und nachher konstruieren.

Ich finde es nicht gut, wenn wir pauschal ausgrenzen würden, denn damit würden wir uns auch ein Radikalitätsproblem schaffen.

Eins aber, das geht - denke ich - überhaupt nicht: Es geht nicht, daß Dienstjahre, die in diesem Terrorinstrument der SED abgeleistet wurden, auf die Zugehörigkeit in Betrieben und Organisationen und Bereichen angerechnet werden, daß man damit auch noch die Gradifikationen bekommt, die man sonst nur nach jahre- und jahrzehntelanger ehrlicher Arbeit in diesen Bereichen bekommen würde.

(Beifall bei CDU/DA, der SPD und dem Bündnis 90/Grüne)

Und eins sage ich ganz bewußt auch in dieser Schärfe von dieser Stelle aus: Wer von den ehemaligen Angehörigen des MfS meint, daß er weiter konspirativ tätig sein müsse, oder der meint, der Schwur, den er einmal geleistet hat, so in einer gewissen Analogie zum Treueschwur zum Führer der SS, nicht,